

VersicherungsJournal.de

Nachricht vom 15.3.2011

Rentenversicherung stellt baldige Beitragssenkung in Aussicht

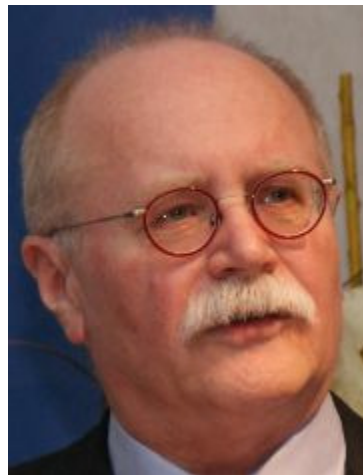
Die finanzielle Entwicklung bei der [Deutsche Rentenversicherung Bund](#) hat sich 2010 nach Aussage ihres Präsidenten Dr. Herbert Rische um vier Milliarden Euro besser entwickelt als noch Anfang vergangenen Jahres erwartet. Die dadurch mögliche Reservebildung würde eine Beitragssenkung im (Bundestagswahl-) Jahr 2013 auf 19,5 von 19,9 Prozent erlauben, sagte Rische gestern Vormittag auf dem zwölften [MCC-Kongress Zukunftsmarkt Altersvorsorge](#) in Berlin.

Der Staatssekretär im [Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#) (BMAS), Andreas Storm (CDU), dämpfte auf dem MCC-Kongress Zukunftsmarkt Altersvorsorge vom Nachrichtenmagazin [Der Spiegel](#) gehegte Erwartungen, der Beitragssatz könne bereits im kommenden Jahr auf 19,6 Prozent oder weniger abgesenkt werden.

Zugleich versicherte er, dass bei der jetzt zum 1. Juli anstehenden „deutlich positiven“ Rentenerhöhung der zweite Teil der Rentengarantie strikt eingehalten werden, in dem die Hälfte der eigentlich möglichen Erhöhung gegen vorherige Überzahlungen angerechnet wird ([VersicherungsJournal 17.3.2010](#)).

Storm erteilte auch Überlegungen von [Professor Dr. Bert Rürup](#), Nachbesserungen an der Rentenformel vorzunehmen, eine klare Absage. Es sei für die jungen Menschen ganz wichtig, dass Verlässlichkeit bei der Rente bestehen bleibe.

Rentenversicherung macht 2010 rund zwei Milliarden Euro Plus



Dr. Herbert Rische
(Bild: Brüss)

Rische sagte unter Hinweis auf jetzt vorliegende vorläufige Daten zum Jahresergebnis 2010, die Einnahmen seien stärker gestiegen als die Ausgaben. Damit habe sich im Vergleich zu den noch Anfang 2010 gehegten Defiziterwartungen bei Einnahmen von 244,7 Milliarden Euro und Ausgaben von 242,7 Milliarden Euro ein Überschuss von rund zwei Milliarden Euro ergeben.

Damit habe die sogenannten [Nachhaltigkeitsreserve](#) Ende 2010 bereits bei 18,5 Milliarden Euro gelegen, was 1,1 Monatsausgaben entspreche, sagte Rische weiter.

Nach Prognosen des Schätzerkreises, dem Experten des BMAS und seines Hauses angehören, könnte die Reserve bereits 2013 die für eine Beitragssenkung notwendige Finanzreserve von 1,5 Monatsbeiträgen erreicht haben, so dass der Beitragssatz auf 19,5 Prozent reduziert werden könnte. „2014 könnte er noch weiter abgesenkt werden.“ In dem Spiegel-Bericht, der keine Quellenangabe enthält, war über eine Reduzierung auf 19,3 Prozent spekuliert worden.

Storm sagte, man sei klug beraten, die tatsächliche finanzielle Entwicklung in Ruhe abzuwarten. Jüngste Medienberichten beruhten auf keinen realistischen Annahmen, sagte der Staatssekretär, ohne den Spiegel namentlich zu nennen.

Rentenerhöhung dürfte rund ein Prozent erreichen

Storm wollte sich nicht konkret zu der für Juli 2010 erwartete Rentenerhöhung äußern. Er verwies auf noch ausstehende Daten des [Statistischen Bundesamtes](#) (Destatis), die aber in Kürze vorliegen sollten. Es werde trotz strikter Beachtung des halben Erhöhungssatzes eine „deutlich positive Rentenanpassung“ geben.

Rische erklärte, auf Basis der vorliegenden Daten der Rentenversicherung sollte eine Rentenanpassung zwischen 0,9 und einem Prozent ab 1. Juli möglich sein. Über eine solche Rentenerhöhung war bereits früher verschiedentlich in den Medien spekuliert worden.

Lässt die Rentenangleichung West-Ost weiter auf sich warten?



Professor Dr. Bert Rürup
(Bild: Brüss)

Im Koalitionsvertrag hat sich die derzeitige Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP vorgenommen, noch in dieser Legislaturperiode den Weg für eine Rentenangleichung in West und Ost zu beschreiten.

Rürup sagte: „Ich wette, dass sie das nicht schaffen.“ Besser wäre eine Vereinheitlichung zum Jahr 2019 hin, wenn der Solidarpakt auslaufe.

Storm räumte ein, dass die Rentenangleichung ein sehr kompliziertes Unterfangen sei. Rische und Rürup erinnerten daran, dass es nicht wirklich eine West-Ost-Rentengrenze gebe.

Im Vergleich der einzelnen Bundesländer gebe es darüber hinaus erhebliche Unterschiede. „Es gibt zudem Wohlstandsinseln und -brachen“, sagte Rürup.

Erwerbsunfähige am ehesten von Armut bedroht

Alle drei Diskussionsteilnehmer bezeichneten die Vermeidung von Altersarmut angesichts von Langzeit-Arbeitslosigkeit, gebrochenen Erwerbsbiographien und einer Ausweitung des Niedriglohnsektors als eine der großen zukünftigen Herausforderungen. Aktuell sei Altersarmut aber kein wirkliches Thema.

Drängender seien die Probleme, die aus Invalidität und Erwerbsunfähigkeit entstünden. Rische forderte, dass Risikogruppen nicht durch hohe Beiträge von einer Berufsunfähigkeits-Absicherung ausgeschlossen werden dürften. „Hier muss eine Lösung gefunden werden, und es muss in allen drei Säulen (der Altersvorsorge) gleich klare Definitionen für den Leistungsfall geben“, sagte Rische.

Auch Storm räumte hier vordringlichen Handlungsbedarf ein, „den wir dieses Jahr lösen wollen“. Denkbar seien bei Berufsunfähigkeit flankierende Maßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung und Änderungen bei der hierfür derzeit

maximal einsetzbaren Quote von 15 Prozent bei einem Riester-Vertrag.

Manfred Brüss (m.bruess@versicherungsjournal.de)

Das VersicherungsJournal ist urheberrechtlich geschützt. Das bedeutet für Sie als Leserin bzw. Leser: Die Inhalte sind ausschließlich zur Ihrer persönlichen Information bestimmt. Für den kommerziellen Gebrauch müssen Sie bitte unsere ausdrückliche Genehmigung einholen. Unzulässig ist es, Inhalte ohne unsere Zustimmung gewerbsmäßig zu nutzen, zu verändern und zu veröffentlichen.

Kurz-URL: <http://vjournal.de/-107309>